



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/148 - 2. 7. 1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Interventionsdrohungen - unaktuell	S. 1
Führungswechsel bei den christlichen Demokraten	S. 3
Schulgesetzkämpfe in Niedersachsen	S. 5
Dr. Vogel und die Meinungsfreiheit	S. 7

Koexistenz

sp - Im politischen Sprachgebrauch gibt es eine neue Formel, im Englischen "coexistence", im Deutschen etwa mit "friedliches Zusammenleben" zu übersetzen. Auf den ersten Blick mag sie eine selbstverständliche politische Forderung sein. In Wirklichkeit handelt es sich aber um einen festumrissenen Begriff mit ganz bestimmtem Inhalt und Akzent. Churchill benutzte das Wort zuletzt auf der Pressekonferenz in Washington, indem er sich zur Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Westen und Osten bekannte. Der gleiche Begriff bildet interessanter Weise den fünften Punkt einer chinesisch-indischen Vereinbarung über Tibet, auf den sich Nehru und Tschu-En-lai in ihrem Abschlußkommuniqué von Neu-Delhi bezogen.

Auch in dieser ihrer besonderen Bedeutung ist die Formel nicht so neu, wie es scheint. Mitte der dreißiger Jahre bekam sie zum erstenmal dadurch Gewicht, dass Stalin sie in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten und auch im Hinblick auf ein mögliches Zusammenleben des Westens und des Ostens gebrauchte. Damit wurde damals eine bestimmte Phase sowjetischer Politik abgeschlossen und eine neue eingeleitet. Der Sieg des Faschismus in Deutschland und Österreich hatte es dem Kreml klargemacht, dass in den nächsten Jahren von einer Änderung der Verhältnisse durch revolutionäre Mittel nichts zu erwarten sei und man sich einstweilen auf ein friedliches Zusammenleben mit dem

Westen werde einstellen müssen. Aus dieser Politik entsprang dann das Werben um Bündnispartner bei der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Linken, die sogenannte Volksfront-These.

Heute hängt der Frieden weitgehend, wenn nicht ganz, von dem Verhältnis ab, dass die an der Spitze der beiden großen Machtblöcke stehenden Mächte zueinander haben. Deshalb kommt der neubelebten Formel von der Koexistenz größte Bedeutung zu. Sie sucht die amerikanische Politik, deren letzte Phase durch Befreiungsparolen und Interventionswünsche gekennzeichnet war, in eine Richtung zu drängen, die sich wieder stärker für früher von Kennan befürworteten Politik der Eindämmung des bolschewistischen Einflusses in der Welt (containment) nähert. Eine Reihe von Beispielen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass es keinen Zweck hat, seine Verbündeten zu Interventionen anzustacheln, wenn man nicht bereit ist, das damit verbundene Risiko voll auf sich zu nehmen. Da aber davor auch die amerikanische Politik - Gott-seidank - zurückgeschreckt ist, beginnt nun das Pendel vor allem unter britischem Einfluß zurückzuschlagen. Die britische Politik konnte sich in diesem Falle um so mehr durchsetzen, als sie von Anfang an der Bedeutung der sogenannten Colombo-Staaten (d.h. der nichtkommunistischen asiatischen Länder, wie vorallem Indien) Rechnung trug, und dadurch sogar die amerikanische Politik in diesem Teil der Welt vor einer weitgehenden Isolierung bewahrt hat.

Die Atlantic - Charta, die auch in der kürzlich verkündeten Grundsatzerklärung der angloamerikanischen Mächte erwähnt worden ist, besagt, dass "keine territorialen Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den freigeäußerten Wünschen der betreffenden Völker übereinstimmen". Sie sagt ebenso, dass die Unterzeichner wünschen, "einen Frieden aufgerichtet zu sehen, der allen Nationen die Möglichkeit geben wird, in Sicherheit innerhalb ihrer Grenzen zu leben und der die Gewähr dafür bietet, dass alle Menschen in allen Ländern ihr ganzes Leben lang frei von Furcht und Not leben können."

Wendet man diese Grundsätze auf die Verhältnisse in den gegenwärtigen Konfliktgebieten in Ostasien an, so sind sie im Grunde nichts anderes als eine Anerkennung des bestehenden Zustandes eben im Sinne einer "Koexistenz", d.h. eines friedlichen Zusammenlebens innerpolitisch noch so verschiedenartig konstruierter Staatswesen Nutzniesser der Konsequenzen dieser Politik würde freilich nicht nur e i n e Seite sein.

+ + +

Sieg der Linken, Niederlage der Rechten

FE - Rom, Anfang Juli

Der Parteikongress der Democrazia Cristiana, -der in diesen Tagen in Neapel stattfindet, stellt diese Partei vor wesentliche Entscheidungen, -die voraussichtlich für die künftige Innen- und Außenpolitik Italiens nicht ohne Folgen bleiben werden. Es handelt sich je hierbei um das erste Treffen der christlichdemokratischen Delegierten aus allen Teilen des Landes seit dem so enttäuschenden Ergebnis der vorjährigen Parlamentswahlen. So gehört es zu den Hauptaufgaben dieses Kongresses, das Fazit und die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, dass die Democrazia Cristiana, abzwär noch immer die stärkste Partei des Landes, doch seit einem Jahr nicht mehr die Inhaberin der absoluten Mehrheit ist.

Der Parteivorsitzende Alcide De Gasperi eröffnete die Debatten des Kongresses mit einer breit angelegten Rede, die einen Rechenschaftsbericht über die Leistungen der Partei in der Vergangenheit und ein Programm für die Zukunft darstellen sollte. Zugleich aber machte diese Rede, die in auffällig müdem Ton vorgebracht wurde, ein wenig den Eindruck eines Schwanengesanges; sprach doch De Gasperi an einer Stelle von sich selbst als von einem alten Manne, dessen einziges Ziel es sei, den Rest seiner Tage in Frieden verbringen zu dürfen.

Im Übrigen war an dieser Rede der erneute Hinweis darauf bemerkenswert, dass es für Italien in weltpolitischer Hinsicht kein Absichtestehen geben könne. Italien sei viel zu schwach und zu rohstoffarm, als dass es hoffen dürfe, auf sich allein gestellt seine Neutralität in einem Ost-West-Konflikt erfolgreich behaupten zu können. Die einzig mögliche nationale Politik, so erklärte De Gasperi, bestehe daher in der Solidarität mit den Völkern der freien Welt.

Aus diesen außenpolitischen Voraussetzungen leitete der Redner erneut die Unmöglichkeit einer "apertura a sinistra" ab, das heißt, einer Erweiterung der gegenwärtigen Regierungsbasis nach links, durch Einbeziehung der kommunistenhörigen Menni-Sozialisten. Bekanntlich strebt eine zahlenmäßig schwache Gruppe innerhalb der Democrazia Cristiana unter der Führung des gegenwärtigen Kammerpräsidenten Gronchi eine solche "apertura a sinistra" seit längerem immer offener an.

Recht bezeichnend war der demonstrative Beifall, den De Gasperi ertete, als er auf die Notwendigkeit hinwies, die Partei von den typisch

konfessionellen Kräften der katholischen Welt scharf getrennt zu halten. Diese polemische Bemerkung richtete sich unverkennbar gegen die hartnäckigen Bestrebungen gewisser betont klerikaler Elemente, insbesondere der Katholischen Aktion, die Democrazia Cristiana zu einem blinden Werkzeug vatikanischer Interessen zu machen. Gleich De Gasperi sind viele christlichdemokratische Vertreter davon überzeugt, dass die Partei mehr als bisher auf die Gefühle derjenigen Wähler Rücksicht nehmen müsse, die zwar für die Partei stimmen, dabei aber keineswegs fanatische Katholiken sind. Tatsächlich stehen ja einer Zahl von rund zwölf Mio, die bei den letzten Wahlen für die Democrazia Cristiana gestimmt haben, wenig mehr als eine Mio eingeschriebener Parteimitglieder gegenüber. Die Partei als politischer Organismus hat somit wesentlich andere Interessen zu vertreten als bloß die eines kämpferischen Klerikalismus, und diese Tatsache gilt es im Auge zu behalten, wenn man nicht einen starken Abfall an Wählerstimmen provozieren will.

Der Parteikongress, bei dem seit langem wieder einmal die Vertreter der "Basis" gegenüber der hohen Parteibürokratie zu Wort kommen, hat bisher schon deutlich gezeigt, dass innerhalb dieser "Basis" die Linkstendenzen stark überwiegen. Das heißt, dass alle diejenigen Kräfte und Bestrebungen starke Sympathie wecken, die den sozialen Charakter der Democrazia Cristiana in den Vordergrund stellen, während diejenigen Redner, die konservative und kapitalistische Tendenzen vertreten, auf die unverhohlene Ablehnung der großen Mehrzahl der Kongressdelegierten gestoßen sind. So wurde die Rede des Unterstaatssekretärs Colombo, eines jungen und aktiven Mitgliedes der Richtung "Iniziativa democratica", in der mutig auf die Notwendigkeit eingreifender sozialer Reformen in Süditalien hingewiesen wurde, mit lobhaftem Beifall bedacht. Murren erhob sich jedoch bei den Reden einiger Exponenten der Rechtsgruppe, die sich bemühten, die Verdienste der verflorbenen Regierung Pella herauszustreichen, einer Regierung, deren reaktionärer und reformenfeindlicher Charakter heute bereits völlig klar erkennbar geworden ist.

So war es nicht überraschend, dass als Siegerin aus den Debatten und Abstimmungen die linksgerichtete Gruppe der "Iniziativa democratica" hervorging, deren Oberhaupt Scalfani als Nachfolger De Gasperis offensichtlich eine bestimmende Rolle in der nächsten Zukunft spielen wird.

Das niedersächsische Schulgesetz vor der 3. Lesung

- dt, Hannover

Voraussichtlich Anfang August wird der Kultusausschuss des niedersächsischen Landtags die dritte Lesung des Schulgesetzes vorbereiten; das Plenum dürfte sich damit Anfang September beschäftigen. Es wird wie die Bearbeitung der zweiten Lesung ein Stück heiße Arbeit werden, immerhin haben die jetzt über die Bühne des Landtags gegangenen Debatten die Hoffnungen derer belebt, die aus der langwierigen parlamentarischen Arbeit die Gemeinschaftsschule als Sieger hervorgehen sehen möchten. Hauptstreitpunkt wird dabei wieder wie bisher der § 12 des Gesetzes werden.

In den Wein der Regierungsvorlage, die Anfang dieses Jahres eingebracht worden war, ist zwischen der ersten und der zweiten Lesung viel Taufwasser gegossen worden; entscheidende Absätze wurden so verändert, dass sie bei der vielfach auf dem flachen Land von den Pfarrern geleiteten Schulpolitik ins Gegenteil der ursprünglichen Absichten verkehrt werden können. Das hat zwei Gründe. Einmal ist in die Front der drei Parteien, die sich für die Gemeinschaftsschule einsetzten (SPD, FDP, BHE) dadurch eine Bresche gerissen worden, dass der katholische Teil des BHE schwankend geworden war; ohne BHE aber reichen die Stimmen der anderen zwei Parteien nicht aus. Es mußten also Konzessionen gemacht werden.

Die Intervention des Bundestagspräsidenten

Der zweite Grund liegt bei der Evangelischen Kirche. Die maßgebenden Männer aller lutherischen Kirchen, u.a. die Bischöfe der vier in Niedersachsen bheimateten Landeskirchen, hatten sich monatelang für ein Schulgesetz ausgesprochen, das im wesentlichen den Vorstellungen der Regierung entsprach. Das drohte die CDU zu sprengen, deren evangelischer Teil zwischen den Wünschen der protestantischen Kirchen und dem Druck aus Bonn hin- und hergerissen wurde. In dieser Situation setzte die CDU-Bundesleitung ihren wichtigsten Protestanten ein: Bundestagspräsident Ehlers, seines beruflichen Zeichens Oberkirchenrat. Er aktivierte den "Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Niedersachsen", von dessen Wirken man vorher kaum etwas gespürt hatte und er inszenierte eine Geheimkonferenz aller vom Schulgesetz berührten katholischen und evangelischen Bischöfe. Zwar kam von den Protestanten nur Landesbischof Lilje, und dem Vernahmen nach soll er seinen persönlichen Standpunkt zur Schulfrage nicht geändert haben, aber innerhalb der Synode der hannoverschen Landeskirche hatte Ehlers Erfolg. Anders als bisher der Schulausschuss der Synode, der sich durchaus positiv zur Regierungsvorlage verhalten hatte, liess sich die Synode - wie verlautet, mit knapper Mehrheit - kurz vor der zweiten Lesung auf eine Entschliessung festlegen, die in Ton und Inhalt ebenso gut aus dem katholischen Lager hätte kommen können. Dem Bundestagspräsidenten hat bei diesem Bemühen besonders der CDU-Bundestagsabgeordnete (Kirchenrat) Cillien geholfen.

Verschlechterte Atmosphäre

Die Entschliessung hat zumindest die Atmosphäre verschlechtert. Bisher schien der Friede auf den Pädagogischen Hochschulen gesichert abgesehen von leicht abzuwehrenden, weil unbegründeten Aspirationen des katholischen Klerus. Jetzt hat auch die hannoversche Landessynode einen Blitz aus heiterem Himmel losgelassen, der eine ähnliche Situation heraufbeschwört wie in Bayern: "Die Lehrerbildung", heisst es in der Entschliessung, "hat für die Erfüllung der Forderung einer

christlichen Schule im Schulgesetz die Voraussetzungen zu schaffen". Dabei haben Landesbischof und Schulausschuss noch vor einem halben Jahr versichert, dass die derzeitige Lehrerbildung durchaus ihren Erwartungen entspreche. Zunächst hat sich die "Gemeinschaftsfront" gegen etwaige Konsequenzen dieser Forderung durch einen Satz gesichert, den sie in der zweiten Lesung ins Gesetz aufnahm: "Die Lehrer werden auf Universitäten und Hochschulen gebildet, an deren Forschung und Lehre frei sind."

Aktueller, brennender, ist der § 12 des Gesetzes. Die erste Fassung hat eindeutig die Gemeinschaftsschule bevorzugen und hätte die bestehenden (hauptsächlich katholischen) Zwergschulen beseitigt; die zweite Fassung macht beide Schularten mit sehr unklaren Formulierungen fast gleichberechtigt und erlaubt sogar in Verbindung mit dem ebenfalls verwässerten § 7 (er regelt die Zahl der Antragsteller, deren Unterschriften für die Neuerrichtung von Konfessionsschulen nötig sind), Konfessionsschulen in Gebieten einzurichten, wo es bisher, wie z. B. im Landesteil Braunschweig, nur Gemeinschaftsschulen gab; jedenfalls bietet er vielen Zwergschulen eine Chance, auf Kosten der Schüler weiter zu vegetieren. Es ist klar, dass diese Fassung nicht endgültig ist; die FDP hat bereits entsprechende Anträge eingebracht, die nun durch die Mühle des Ausschusses gedreht werden.

Der Zickzackkurs der DP

Die Gegenseite, in der hauptsächlich die Niederdeutsche Union (CDU und DP), hat selbst diese Fassungen nicht akzeptiert. Zwar hat sie ihre katholischen Sprecher aus der ersten Feuerlinie genommen (einer dieser Abgeordneten, der die ganze Schullawine ins Rollen gebracht hatte, bekam Sprachverbot), aber die evangelischen Abgeordneten sprachen nicht minder katholisch, wenn auch mit weniger Schärfe. Die DP gab sich dabei Blößen, die angesichts der Stimmung unter ihren Mitgliedern unfassbar sind. Zur gleichen Zeit, da sämtliche Kreisverbände der DP Braunschweig sich für die Gemeinschaftsschule aussprachen, bot der Vorsitzende des Kultus-Ausschusses, Pastor Schönfelder (DP) der "Gemeinschaftsfront" die Errichtung "weltlich" neben Konfessionsschulen an. Als er im Ausschuss damit scheiterte, brachte er im Plenum einen Antrag der NU ein, wonach es "allgemeine", "evangelische" und "katholische" Schulen geben solle. Diese Aufspaltungsversuche waren selbst dem schwankenden Teil des BHE zuviel, der Antrag wurde abgelehnt.

Der SPD ist es gelungen, für die zweite Lesung Bestimmungen über die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit zur Debatte zu stellen. Der Antrag mit der einschränkenden Klausel: ". . . sobald und soweit die die finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben sind", ist dem Ausschuss überwiesen worden; eine Mehrheit für die dritte Lesung dürfte zu erreichen sein.

Die dritte Lesung, bzw. schon die Vorbereitung im Ausschuss, wird wahrscheinlich die bisher härtesten Kämpfe bringen. Manches spricht dafür, dass die "Gemeinschaftsfront", durch die überspannten Forderungen der Gegenseite zusammengetrieben, bei der dritten Lesung besser intakt sein wird, als vorher. Im Interesse der Kinder, die an diesen Schulen für das Leben gerüstet werden, wäre diese Einigkeit dringend zu wünschen.

Selbstenthüllung

(sp) Schneller als man erwarten konnte, ist der breitesten Öffentlichkeit klargemacht worden, was Sinn und Zweck des vielzitierten Koordinierungsausschusses für Pressefragen sein sollen. Der frühere Staatssekretär und jetzige CDU-Abgeordnete Lenz, der in Aussicht genommene Vorsitzende, hatte zwar kürzlich über eine Stunde lang Ziele und Aufgabenbereich dieses Ausschusses vor einem großen, hochinteressierten Kreis von Journalisten erläutert, aber, nach allgemeinem Eindruck, das Wesentliche verschwiegen.

Daß jetzt ausgerechnet ein enger Freund von ihm den Schleier lüftete, eben jener Abgeordneter, der, als die Aussichten auf das Zustandekommen des Ausschusses schwanden, eine Hilfsaktion in der CDU-Fraktion für das gefährdete Unternehmen einleitete, spricht nur dafür, dass es sich hier um eine authentische, wenn auch ungewollte Interpretation der wahren Absichten handelt, die gegen Prinzip und Praxis der freien Meinungsäußerung gerichtet sind.

Lenz hatte in der Pressekonferenz vom 21. Juni auf entsprechende Fragen geantwortet, der Ausschuss habe keine Exekutivbefugnisse, sondern lediglich „beratende“ Funktion. Die Frage liegt nun nahe, -ob in dieser Funktion auch die Beratung der Chefredakteure in der Auswahl ihrer wichtigsten politischen Mitarbeiter, in erster Linie der Bonner Korrespondenten, fällt. Nach dem Brief des Abgeordneten Vogel, -eines „Hauptantriebers“ für den Koordinierungsausschuss, muß man das leider annehmen.

Nun hat in diesem Fall der Chefredakteur der betreffenden Zeitung die Zumutung zurückgewiesen, was an sich selbstverständlich ist, aber leider heute schon wieder Mut erfordert. Es ist fraglich, ob diese charaktvolle Haltung von allen denen künftig einge nommen werden wird an die man ähnliche Gleichschaltungswünsche richtet. Das Blatt, um das es sich hier handelt, ist eine traditionsreiche, in jeder Hinsicht unabhängige Zeitung. Bei anderen, bei denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen, könnten die Koordinatoren Lenz-Vogelscher Prägung leichtes Spiel haben.

Jedenfalls konnte nicht überzeugender als an diesem Vorgang klargemacht werden, wie außerordentlich gefährlich der Weg für die Demokratie und das freiheitliche politische Leben in der Bundesrepublik ist auf den man sich hier begeben will.